



Ein König war über die Maßen reich und überaus freigebig. Es verging kein Tag, ohne daß er aus seinem großen Vermögen allen, die es nötig hatten, reichlich ausgeteilt hätte. Und obwohl er viel gab, wurden seine Schatzkammern nicht leer. Jeden Morgen ging er in das unterirdische Gewölbe, in dem die Schatzkammern lagen. Bevor er sie aber mit dem Schlüssel öffnete, ging er zu einer Kammer, die zuhinterst lag und deren Türe als einzige Tag und Nacht bewacht wurde. Sooft er die geheime Kammer öffnete, ließ er die Wache wegtreten, so daß niemand auch nur einen Blick hineinwerfen konnte. Dann schloß er die Türe hinter sich zu und blieb eine Stunde darin. Wenn er wieder herauskam, schloß er sorgfältig ab und rief erst dann die Wache wieder herbei. So geschah es Tag für Tag und Jahr für Jahr. Alle wußten es und verwunderten sich darüber. Viele flüsterten, er treibe im Geheimen Zauberei. Einige munkelten, er stehe mit dem Teufel im Bund und vermehre mit dessen Hilfe seine Schätze. Auch seine Familie vermutete, daß er etwas Geheimnisvolles tue. Aber niemand wagte ihn zu fragen.

Des Königs leere Kammer

Als er alt geworden war, rief er eines Abends seinen ältesten Sohn zu sich und sagte zu ihm: «Ich bin nun alt geworden und werde bald einmal sterben, und du wirst nach mir König sein. Ich will dir nun das Geheimnis unseres Reichturns zeigen. Aber schwöre mir zuerst, daß du keinem Menschen etwas davon verraten wirst und es erst deinem Sohn wieder anvertrauen wirst, wenn du selber alt geworden bist!» Und der Sohn schwor es. Dann nahm ihn der König mit sich und führte ihn in die geheime Kammer. Als sie eingetreten waren, blickte sich der Sohn nach allen Seiten um und griff dann erschrocken nach dem Arm des Vaters. Die Kammer war ganz leer. Der König fragte ihn: «Wovor erschrickst du? Was siehst du?» Der Sohn antwortete: «Ich sehe nichts. Darum erschrecke ich.» Der König sagte zu ihm: «Ich werde dich für diese Nacht hier einschließen, und du sollst über die Kammer nachdenken.» Der Sohn umklammerte entsetzt den Vater. Der aber umarmte ihn, löste sich von ihm und schloß ihn ein.

Als er am nächsten Morgen die Kammer öffnete und eintrat, sah er den Sohn am Boden liegen, den Mantel über den Kopf gezogen. Er hob ihn auf und fragte ihn: «Worüber hast du in dieser Nacht nachgedacht?» Der Sohn antwortete: «Ich konnte nichts denken, aber ich werde diese Kammer zumauern.» Der König erwiderte nichts und führte ihn hinaus. Am Abend schloß er ihn wiederum ein und sagte zu ihm: «Denke in dieser Nacht über die Kammer nach!» Am andern Morgen fand er den Sohn bleich und trotzig an eine Mauer gelehnt sitzen und fragte ihn wiederum: «Worüber hast du in dieser Nacht nachgedacht?» Der Sohn antwortete: «Ich habe darüber nachgedacht, womit ich die Kammer füllen werde.» Der König antwortete nichts und führte ihn hinaus.

Am dritten Abend schloß er ihn abermals ein und sagte zu ihm: «Denke auch in dieser Nacht darüber nach!» Als er am nächsten Morgen eintrat, stand der Sohn vom Boden auf und rieb sich die Augen. Der König fragte ihn: «Worüber hast du diese Nacht nachgedacht?» Der Sohn antwortete: «Ich weiß nicht, ich habe die ganze Nacht tief geschlafen.» Da lächelte der König, umarmte ihn und sagte: «Dann hast du das Geheimnis der Kammer verstanden. Komm nun mit und hilf mir bei der täglichen Austeilung.» Er schloß die Kammer sorgfältig zu und ging dann mit dem Sohn in die Schatzkammern und holte mit ihm heraus, was für den Tag nötig war.

Nach dem Tode des Königs übernahm der Sohn den Schlüssel zur leeren Kammer und machte täglich denselben Gang wie sein Vater. Bevor er die Gaben austeilte, ging er in die leere Kammer, schloß sich ein, blieb eine Stunde darin und ging erst dann in die Schatzkammern. Und die Gaben, die er von dort aus den Leuten austeilte, nahmen kein Ende.

Werner Reiser, Basel

Aus: W. Reiser, Der verhaftete Friedensengel und andere Legenden. F. Reinhardt, Basel 1985, 79 S.

BRASILIEN

Folterbericht - Konfrontation mit nationaler Vergangenheit: Sechsjährige Arbeit von Anwälten und Menschenrechtlern - Im Auftrag von Kardinal Paulo Evaristo Arns und der Erzdiözese São Paulo - Aus offiziellen Dokumenten erarbeitet - Folter mit wissenschaftlichen Methoden: die Komplizenschaft von Ärzten - Legitimiert durch Theorie der Nationalen Sicherheit - Wer waren die Opfer? - Beugung des Rechts in der Rechtsprechung. Ulrich Paulsen, Hamburg

SCHWEIZ

Asylsuchende als Herausforderung für Kirchen und Politik: Im Mai 1985 erschien ein Memorandum der drei Schweizer Landeskirchen - Diskrepanz zwischen der Zahl der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber und der politischen Stimmung - Regierung und Parteien unter dem Druck nationalistischer Gruppierungen - Wachsende Fremdenfeindlichkeit und Unsicherheit gegenüber wirtschaftlichen Veränderungen - Engagement der kirchlichen Hilfswerke und privater Initiativen - Politische Aufklärung tut not - Biblische Forderung der Hilfe für den bedrängten Fremden - Rechtsschutz und Rechtshilfe für Asylsuchende - Asylgesetz-Revisionen drohen Asylrecht zu einem Instrument der Sicherheitspolitik zu machen - Vorschläge im Bereich der Rechtsschöpfung: ein Habeas-Corpus für Asylbewerber - Ist das Kirchenasyl noch ein anerkanntes Rechtsinstitut? - Bleibt am Ende nur der Weg in den bürgerlichen Ungehorsam? Josef Bruhin

FRIEDEN/THEOLOGIE

Bergpredigt und Weltfrieden (2): Herausgefordert durch die Welt und durch Gott - Sachkundig in militärischen und strategischen Fragen - Als Konsequenz ein ungewöhnlicher Mut zur Deutlichkeit - Geringe Entscheidungshilfe durch deutschen Friedenshirtenbrief - Menschheit nach Hiroshima: global und qualitativ neue Situation - Erfordert radikale Bekehrungen in der Politik - «Hoffnungüberschuß» der Bergpredigt - Als produktives Element in der Friedenssicherung - Die Frage der Vorleistung - Entdeckung der prophetischen Dimension in der christlichen Praxis. Rolf Baumann, Reutlingen

BUCHBESPRECHUNG

Die Aktualität Simone Weils: Sammelband zu einer internationalen Tagung auf Burg Rothenfels (1984) - Drei thematische Gliederungspunkte: Philosophie, Religion und Politik - Von Platon und Kant inspiriert - Betrachtung der Zeit erschließt das Verständnis menschlicher Existenz - Die verschiedenen religiösen Traditionen entspringen einer einzigen Wurzel - Zeitkritik aus einer antitotalitären Position.

Imelda Abbt, Luzern

Folter in Brasilien – niemals wieder!

Seit seiner Veröffentlichung im August 1985 schlägt der Bericht «Brasilien – niemals wieder»¹ über Folterungen von 1969 bis 1979 hohe Wellen in der brasilianischen Öffentlichkeit, während sie gerade mit der seit März 1985 amtierenden neuen Regierung in einem heftigen Diskussionsprozeß um die Ausarbeitung einer neuen Verfassung steht. «Die Vergangenheit nicht vergessen»: Dieser Zielsetzung hatte sich eine kleine Gruppe von Menschenrechtlern und Advokaten der Diözese São Paulo verschrieben. Von Kardinal *Paulo Evaristo Arns* wurde sie beauftragt, Mißhandlungen an politischen Gefangenen zu untersuchen, um die Öffentlichkeit über die wahre Wirklichkeit jener Jahre der Militärrherrschaft nach dem Putsch von 1964 aufzuklären, damit sich «niemals wieder» ein ähnliches System der Unterdrückung in Brasilien entwickeln kann. «Wenn es in Brasilien gelänge, die Geschichte der Folterungen, Ermordungen politischer Gefangener, der politischen Verfolgungen und der tendenziösen Rechtsprechung aufzurollen, ausgehend von den offiziellen Dokumenten, die dazu dienen sollten, die politische Unterdrückung jener fünfzehn Jahre zu rechtfertigen, dann wären wir zu einem unbestreitbaren Zeugnis gelangt.» (S. 24) 1979 ermöglichte die leichte «Öffnung» der Militärrherrschaft den Beginn der Arbeit an diesem Bericht, Licht in das Dunkel der Lage der politischen Gefangenen zu bringen. Über 690 Prozeßakten wurden sorgfältig ausgewertet, in denen 7367 Namen von Angeklagten genannt werden. Etwa 200 dieser Personen wurden in jenen Jahren aus politischen Gründen ermordet, 125 zählen zu der großen Zahl der «Verschwundenen». Die Dunkelziffer ist enorm hoch, da Verwandte, Freunde und Betroffene oft erst jetzt langsam von diesen Zeiten zu sprechen wagen.

Folter mit wissenschaftlicher Methode

Im ersten Kapitel wird der Leser vorbehaltlos mittels einer Liste von Zitaten aus den Prozeßakten mit der grausamen menschenverachtenden und verschwiegenen Wirklichkeit konfrontiert. Aus den Aufzählungen geht hervor, wie als Folterinstrumente offenbar besonders beliebt waren: die berüchtigte Affenschaukel, Kühlräume, Isolationshaft mit Beschallung und der Einsatz von Elektroschocks. Daneben haben sich die Folterer alle Tricks der Verfeinerung ihrer Techniken einfallen lassen, so daß Folter mittels Feuer, Chemikalien und Tieren üblich war. Kinder mit einem Elternteil zu foltern, galt als eine der zuverlässigsten Methoden, Erwachsene zum Sprechen zu bringen. Frauen wurden von Männern mißhandelt, Schwangere brachen zusammen und verloren ihre Kinder. Dabei wußten einige Opfer davon zu berichten, wie sie zu Ausbildungszwecken neuer Folterer benutzt wurden. «Folter mit wissenschaftlicher Methode» nannte es die Militärregierung. Politische Häftlinge dienten als Vorführ- und Versuchsobjekte. An ihnen wurde in den Unterrichtsstunden vor versammelten 100 Männern vorgeführt, wie die Folter zu vollziehen sei, auf welche Feinheiten dabei zu achten sei.

Die an den Verhören und Folterprozessen beteiligten Ärzte wurden vor allem dazu eingesetzt, daß sie entweder die Folterpraktiken unterstützten oder aber das Opfer zur Fortsetzung der Folter stärkten. Die Ärzte gaben bei der Ausbildung der Folterer gezielte Hinweise, wie bei bestimmten Foltermethoden körperliche Zusammenbrüche verzögert werden konnten, damit die Gewaltanwendungen länger ausgeführt werden konnten. Ärzte gaben Spritzen gegen Ohnmachtsanfälle und Herzattacken, damit die Folter sogleich fortgesetzt werden konnte. Bisweilen wechselten die Opfer nur die Räume vom Folterer zum Arzt und zurück, und dies in mehrmaliger Folge. So

kommt der Bericht zu dem Ergebnis: «Nach der Lektüre dieser Rapporte hat man die Gewißheit des Mitwissens und sogar der direkten Beteiligung der Ärzte und Assistenten an der Folterpraxis.» (S. 34) In einigen Fällen erreichte die Folter die Grenze des Widerstandes der Opfer, der Tod trat ein. In diesen Fällen waren die Ärzte daran beteiligt, verschiedene andere Todesursachen wie «Selbstmord» oder «Tod bei Schießerei» anzugeben, damit die Wahrheit im Dunkeln bliebe.

Die praktischen Erfahrungen mit dieser «wissenschaftlichen Methode» führten schließlich in dieser Angelegenheit zu so viel «Know-how», daß es zum gefragten Exportprodukt wurde. Den Stolz der Militärs konnte dies nur erhöhen.

Zur Legitimation: Theorie der nationalen Sicherheit

Im zweiten Kapitel geht die Untersuchung wesentlich auf die Ursprünge und die Entwicklung des Militärregimes ein. Die Teilnahme brasilianischer Truppen an den Kämpfen des Zweiten Weltkriegs gegen Hitler erweist sich in dieser Untersuchung als folgenschwer. In Italien war ein enger Kontakt mit den USA gewachsen. «Das brasilianische Expeditionsheer war nicht deshalb so wichtig, weil es nach Italien ging. Möglicherweise ist von viel größerer Bedeutung für das Heer der Besuch in den USA.» (S. 70) Denn gleich nach Ende des Krieges erhielten dort zahlreiche führende Militärs ihre Schulung, bei der sie vor allem lernten, daß es nicht mehr um den äußeren Feind gehe, sondern der Feind im eigenen Land zu bekämpfen sei. Als Parallele zum 1946 gegründeten «National War College» wurde 1949 in Brasilien die brasilianische Kriegshochschule gegründet. Dort wurde von 1954 bis 1964 an einer Theorie der politischen Rechten für die Einmischung in den nationalen politischen Prozeß gearbeitet. Dort wurde der Geheimdienst geplant und aufgebaut. Dort wurden die entscheidenden Schritte für die Existenz des Militärregimes getan. Dort entstanden auch die wesentlichen Fundamente der Theorie der «Nationalen Sicherheit», die immer und immer wieder Legitimationsprinzip für die staatliche Gewaltausübung wurde. General Golbery faßte den Ansatz dieser Theorie mit einer Anspielung auf Göring in seinem 1976 erschienenen Buch so zusammen, daß Göring mit seinem bekannten Spruch «Mehr Kanonen, weniger Butter» die Wahrheit erfaßt habe, «... daß es in Wahrheit keine Möglichkeit gibt, der Notwendigkeit zu entfliehen, den Wohlstand zum Nutzen der Sicherheit zu opfern, wenn diese sich wirklich als bedroht erweist» (S. 70). 1967 wurden die Gesetze der Nationalen Sicherheit ausgearbeitet, mit denen die verfassungsmäßigen Garantien, die Grundrechte des Menschen in zunehmendem Maße außer Kraft gesetzt wurden.

Wer waren die Opfer?

Nach diesem geschichtlichen Rückblick greift der Bericht erneut direkt auf Prozeßakten zurück. Die Aussagen über Verhaftungen belegen, daß man «zunächst folterte, um erst danach mit der Vernehmung zu beginnen». «Das Ungewöhnliche im Falle Brasilien war die Anwendung von Folter, bevor der Gefangene zu einer Polizei- oder Militärstation abgeführt wurde, ohne Rücksicht auf die Gegenwart von Familienangehörigen oder Nachbarn.» (S. 79) Die sofortige Anwendung von Folter in Gegenwart von Freunden und Verwandten zeugt von der Kaltblütigkeit und Berechnung, mit der gearbeitet wurde. Dieses Vorgehen sollte offenbar sowohl die Einschüchterung des Verhafteten bewirken, damit er zu beliebigen Geständnissen bereit sein würde, als auch die Umstehenden abschrecken. Bisweilen dauerten die Folterungen in der eigenen Wohnung Stunden. Verwüstungen des Wohnraumes und Raub beliebiger Dinge wie Kleidung, Möbel, Geld usw. zum persönlichen Nutzen derer, die die Verhaftung ausführten, schlossen sich an.

In seinem dritten Kapitel versucht der Bericht ein Bild der poli-

¹ Brasil: nunca mais. Prefácio de Dom Paulo Evaristo Arns. Petrópolis 1985, dritte Auflage 1985. (Als Herausgeber mit Copyright zeichnet die Erzdiözese von São Paulo; die Veröffentlichung erfolgt durch den Verlag Vozes, Petrópolis.)

tischen Gefangenen zu zeichnen. Von den 7367 Angeklagten, die in den Computerlisten der Untersuchung ausgewertet wurden, waren 88% Männer, 12% Frauen. Die Beteiligung der Jugend am Widerstand gegen das Militärregime wird im Bericht durch den Hinweis hervorgehoben, daß 38,9% unter 25 Jahren alt waren. Die meisten Angeklagten gab es in Rio de Janeiro, gefolgt von São Paulo. Entsprechend der Theorie des Kampfes gegen den Feind im Innern, betraf die Folter vorrangig Personen, denen in irgendeiner Weise Kontakt mit oder Eintreten für kommunistische Gruppen vorgeworfen wurde. Darum stammt ein großer Teil der Betroffenen aus der kommunistischen Partei Brasiliens oder deren vielfältig zersplitterten Konkurrenzgruppen. Weiter kommt der Bericht zu dem Ergebnis, daß vor allem folgende Berufsgruppen betroffen waren: Angehörige des Militärs, Gewerkschafter, Studenten, Politiker, Journalisten und Priester.

Von den ersten Stunden des April 1964 an waren die Militärs, die der alten Regierung treu waren, Inhaftierung und Folter ausgesetzt. An zweiter Stelle war der Bereich der Gewerkschaften betroffen. Das zeigt: Die (Putsch-)Generäle von 1964 fürchteten für ihr neues Wirtschaftssystem, das sich auf kontrollierten Lohn und die freie Entfaltungsmöglichkeit der multinationalen Konzerne gründete, zwei fundamentale Gegner: «die Teile der Truppe, in die sich ein starker Nationalismus eingeschlichen hatte, und die Arbeiterbewegung» (S. 124). Das gezielte und harte Vorgehen während der Jahre 1964–1966 führte zur raschen Auslöschung des Widerstandes. Um so stärker wurden in der Folge Studenten, Politiker, Journalisten und Priester von der Folter betroffen. Politische Parteien der ehemaligen Regierung wurden sofort verboten, und ab 1968 durfte nur noch die Partei «Bewegung für ein demokratisches Brasilien» als einzige Oppositionspartei existieren. Der politische Sturz ins Chaos fiel zusammen mit einem Prozeß der Öffnung der katholischen Kirche auf ihrem Zweiten Vatikanischen Konzil. Galt die katholische Kirche bis dahin als monolithischer Block gegen Landreform und Streikbewegungen in gewohnter Allianz mit antikommunistischen Eliten, so brachen nun immer mehr «Priester des Volkes» aus dieser Einheit heraus. Kirche und Staat entwickelten sich seit 1964 immer weiter auseinander.

FLÜCHTLINGE – ASYL – KIRCHEN

Ein konfliktreicher Weg wohin?

Am 9. Mai vergangenen Jahres haben die drei Schweizer Landeskirchen ein Memorandum zu Asyl- und Flüchtlingsfragen veröffentlicht, das recht bestimmt die Haltung der Kirchen umreißt und auch die heißen Eisen nicht scheut.¹ So wird die Politik der «Abschreckung», die seit geraumer Zeit gewisse Politiker propagieren, schlichtweg eine Kurzschlußreaktion genannt. Den Behörden wird vorgehalten, daß die gegenwärtige Verschärfung der Asylpraxis nur noch schwer mit dem geltenden Asylgesetz in Einklang gebracht werden könne. Die Praxis habe sich an den Menschenrechten zu orientieren, indem u. a. das völkerrechtliche Verbot der Rückschiebung in ein Land, in dem das Leben oder die Freiheit des Betroffenen gefährdet ist, strikte beachtet werde. Auch wird offen die Frage gestellt, ob das Verhalten mancher Schweizer nicht durch unterschwelligem Rassismus bestimmt werde. Gefordert wird auch, die Asylpolitik konsequent mit einer aktiven Außen-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik zu verknüpfen, um die Ursachen des weltweiten Flüchtlingselends anzugehen.

Für schweizerische Verhältnisse und für die obersten Gremien der drei Landeskirchen sind das deutliche Worte. Dennoch blieb es m. W. um dieses Memorandum, das praktisch einem Manifest gleichkommt, auffällig still. Nicht einmal in den Kreisen, die sonst die Kirche wegen ihres dauernden Sicheinmischens in die Politik anprangern, war viel zu hören. Zu of-

Die Beugung des Rechts

Das vierte Kapitel beschreibt die wachsende Unterwanderung des Rechts, mit der versucht wurde, die Verhaftungen, Folterungen und Morde zu legitimieren. So kann der Bericht anhand von Prozeßunterlagen deutlich machen, daß gegen grundlegende Rechte verstoßen wurde: Weder wurde beachtet, daß niemand zweimal wegen desselben Verbrechens bestraft werden kann, noch daß im Zweifelsfall für den Angeklagten zu entscheiden ist, noch daß Geständnisse, die unter Folter abgelegt wurden, keine Gültigkeit haben. Anklage konnte erhoben werden, ohne daß jemand seinen Namen nennen mußte. Falsche Zeugen konnten von der Polizei leicht beigebracht werden. Beweise brauchten nicht eindeutig zu sein und konnten selbst von Verwandten oder Freunden durch Folter erzwungen worden sein. Belastungszeugen waren gewöhnlich Polizisten oder Sicherheitsbeamte, die je länger je häufiger als «Berufszeugen» erschienen. Entlastungszeugen wurden in politischen Prozessen nicht geduldet.

Göring wird zitiert, das Wort «Gestapo» wird wie selbstverständlich als Selbstbezeichnung der Militärs benutzt (S. 205), eine «wissenschaftlich» entwickelte Folter wird mit Stolz praktiziert. Dies alles weist deutlich auf eine Nähe zum Hitlerfaschismus und dessen Praxis der Konzentrationslager hin.

Was in der BRD bis heute schwerfällt, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, das will dieser Bericht für die Gesellschaft Brasiliens erreichen: «Niemals wieder!» Vergleichbares soll sich niemals wiederholen. Offenbar werden soll die Wahrheit der Jahre 1964 bis 1979, die insbesondere im westlichen Ausland für die ruhmreiche Zeit des brasilianischen «Wirtschaftswunders» gehalten werden. Im Brasilien dieser Jahre der Militärherrschaft kam es in politischen Prozessen nicht zufällig zur Anwendung der Folter. Sie wurde sowohl als Verhörmethode als auch im Sinne einer «angemessenen Strafe» bis in die Einzelheiten geplant und unter stetiger Verfeinerung der Methode bewußt eingesetzt.

Ulrich Paulsen, Hamburg

DER VERFASSER dieser Besprechung hat ein Studienjahr in São Leopoldo und in Recife verbracht. Derzeit bereitet er sich in einer Hamburger Gemeinde auf den Pastorenberuf in der nordelbischen Kirche vor.

fensichtlich war für alle, daß die Kirchen vom Evangelium her ein Wort mitzureden haben. Das änderte sich bekanntlich schlagartig, als im Oktober die evangelische Kirchgemeinde St. Markus, Zürich-Seebach, einer von der Heimschaffung bedrohten Gruppe Chilenen Kirchenasyl gewährte. Da war mit einem Mal von der Rolle der Kirchen in der Flüchtlingsfrage allüberall die Rede. Der Satz des Memorandums «Wir sind uns bewußt, daß Worte allein nicht genügen; es müssen Taten folgen» erhielt seine volle Bedeutung auch im umgekehrten Sinn: Taten erst verleihen Worten Kraft und Leben.

Gespannte Lage

Das auf den ersten Blick Erstaunliche an der gegenwärtigen Situation in der Schweiz ist, daß rein zahlenmäßig die Asyl- und Flüchtlingsproblematik in keinem Verhältnis steht zur belasteten Atmosphäre und den damit verbundenen politischen Problemen. Zwar hat die Schweiz pro Kopf ihrer Bevölkerung mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere europäische

¹ «Auf der Seite der Flüchtlinge», Memorandum der drei Landeskirchen zu Asyl- und Flüchtlingsfragen. Unterzeichnet am 9. Mai 1985 in Bern und Freiburg von Pfr. J.-P. Jornod, Präsident des Schweiz. Evang. Kirchenbundes, Bischof Henri Schwery, Präsident der Schweiz. Bischofskonferenz, Bischof Léon Gauthier und Carlo Jenzer für die christkatholische Kirche.

Land, z. B. dreimal soviel wie die Bundesrepublik. Aber die rund 31 000 anerkannten Flüchtlinge und die 23 000 Asylbewerber repräsentieren weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung, wobei der übrige Ausländeranteil (Saisonniers inbegriffen) rund 16% beträgt. Die Zahl der Asylbewerber ist allerdings stark im Steigen begriffen.² Waren es 1980 2000, so werden es 1985 um die 10 000 sein. Aber bei Kriegsende hatten in der Schweiz 120 000 Flüchtlinge Zuflucht gefunden bei einer wirtschaftlich unvergleichlich weniger komfortablen Lage, und – wie wir heute bekennen müssen – das Boot war noch keineswegs voll. Auch wenn 1945 die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung höchstens ein Drittel der heutigen Ausländerzahlen ausmachte, besteht die Feststellung des Zentralsekretärs der Schweiz, Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, *Walter Schmid*, zu Recht: «Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage heute von Not oder Bedrohung zu sprechen, ist angesichts unseres Wohlstandes und der übervollen Tische blanker Zynismus. Heute wäre Notrecht kein Recht, Not abzuwenden, sondern Recht, um uns einer lästigen Aufgabe zu entledigen.»³

Dieses Urteil wird erhärtet durch die weltweit verfügbaren Zahlen. Das Flüchtlingselend betrifft etwa 15 Millionen Menschen, wovon 90% aus Ländern der Dritten Welt stammen. Diese tragen – allerdings mit internationaler Unterstützung – die Hauptlast des Elends aber selber: 90% aller Flüchtlinge fristen ihr Dasein in der Dritten Welt. Hat Pakistan 2,5 Millionen Vertriebene zu verkraften, so ganz Europa nur deren 560 000, wobei diese Gesamtzahl gegenwärtig eher stabil bleibt, sich die einzelnen Länder aber die Asylbewerber gegenseitig zuschieben. Finnland will im Jahr ganze 100 Personen aufnehmen, Norwegen immerhin 1200. Schweden war dagegen bisher weit großzügiger. Mit drastischen Abschreckungsmaßnahmen (z. B. konsequente Isolierung von der Bevölkerung, kollektive Ausschaffung usw.) haben die Niederlande den Zustrom von Tamilen um 50% gesenkt. Mit einer massiven Verschärfung der Politik – hinter die mehr als nur ein Fragezeichen zu setzen wäre – hat die Bundesrepublik die Zahl der Aufnahmen von 107 000 im Jahre 1980 bis auf unter 20 000 im Jahre 1983 gedrückt. Daß dies den Zustrom Richtung Schweiz verstärkt, versteht sich, und ist an der Zahl asylsuchender Türken in Basel abzulesen. In der Schweiz suchen gesamthaft mehr Türken als Tamilen Aufnahme.

Trotz der für die Schweiz gesamthaft bescheidenen Zahlen ist das Unbehagen in einem Teil der Bevölkerung recht groß. Es sind nicht nur fremdenfeindliche Leserbriefe, rassistische Stammtischwitze, üble Verleumdungen und selbst Tätlichkeiten gegenüber Fremden, die davon zeugen. Der große Wählerfolg der Überfremdungsparteien im letzten Herbst, der «Vigilance» im Kanton Genf (höchste Parteistimmzahl, im Parlament mit 19 Mandaten hinter den Liberalen mit 20 Abgeordneten auf Platz 2 – Stimmbeteiligung allerdings nur knapp 40%) und der «Nationalen Aktion» in Lausanne sind unübersehbare Tatsachen, auch wenn immer mit in Rechnung gestellt werden muß, daß sich in diesen Parteien ein Großteil jener Oppositionellen sammelt, die sich von keiner traditionellen Partei mehr vertreten fühlen. Die ganze Problematik erhält in den Medien viel Raum.

Die Landesregierung gerät so von den verschiedensten Seiten her unter Druck: von Kreisen der Bevölkerung, von Politikern und Parteien, die um ihr Mandat und um ihren Wähleranteil fürchten, von Kantonsregierungen, die sich in der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert fühlen. (Seit dem 1. Dezember weigert sich der Kanton Freiburg – entgegen geltendem Bundesrecht –, weitere Asylsuchende aufzunehmen.) Die Kantone haben eine vom Bundesrat vorgeschlagene Globallösung für die vielen tausend seit langem anstehenden Gesuche (keine Ausschaffung, Verteilung auf die Kantone) verhindert. Zudem ist die 6. Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion

² Inzwischen ergab sich erstmals im November 1985 ein Abflachen des Anstiegs. Wie signifikant dies ist und ob es mit der härter gewordenen Asylpolitik zu tun hat, wird sich in den kommenden Monaten weisen.

³ Walter Schmid, *Wohin treibt das Boot? Plädoyer für eine redliche Asylpolitik*. Überarbeitete Fassung eines am 30. 1. 1985 vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft Zürich gehaltenen Vortrags, in: *Reformatio* 34 (1985) 182–190, 189.

(Volksbegehren zur Herabsetzung der Zahl der Ausländer), wenn auch knapp, zustande gekommen. Eine weitere Volksabstimmung ist unausweichlich.

Ursachen wachsender Fremdenfeindlichkeit

Fragt man nach den Gründen für das Malaise, so ist einmal direkt auf die gegenüber früher grundsätzlich neue Situation im Asylgeschehen hinzuweisen. Früher kamen hauptsächlich Osteuropäer, also Menschen gleicher europäischer Kultur. Heute kommen Menschen anderer Hautfarbe und anderer Denk- und Lebensweisen. Zudem nahm man in den vergangenen Jahrzehnten zahlenmäßig festgelegte Kontingente auf, so daß man wußte, welcher Aufgabe man gegenüberstand, etwa als man 8000 Vietnamesen akzeptierte. Heute bitten die Asylanten *einzelnen* um Aufnahme, nachdem sie legal oder illegal ins Land gelangt sind, und ihre Zahl scheint *keiner* Begrenzung zu unterliegen. Beide Phänomene zusammen erzeugen eine irrationale und negative Stimmung gegen die Asylbewerber.

Dabei ist für eine großzügige Aufnahme und entsprechende Hilfsbereitschaft nichts wichtiger als eine positive Grundstimmung. Bei den ungarischen und tschechischen Flüchtlingen in den 50er und 60er Jahren waren eine ganze Reihe von Leuten dabei, die heute als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge abgewiesen würden. Sie wurden aber ohne weiteres aufgenommen, vor allem aus politischer und menschlicher Sympathie und nicht in erster Linie deshalb, weil die Wirtschaft die gut ausgebildeten Arbeitskräfte bestens gebrauchen konnte. Die Stimmung beeinflusst also auch die Rechtspraxis, insbesondere das Ermessen, was als zumutbare Härte angesehen werden kann und was nicht. Noch 1984 wurden prozentual sechsmal mehr Ostflüchtlinge aufgenommen als andere, obwohl die Anerkennungszuquote für Ostflüchtlinge von 1980 bis 1984 von 84 auf 23 Prozent gefallen war. Haben Asylbewerber Brückenköpfe der Sympathie im Land (wie z. B. die Chilänen nach dem Sturz Allendes), so finden sie leichter Aufnahme, als wenn dies nicht der Fall ist, wie heute bei Türken, Tamilen oder Kurden.

In zweiter Linie gibt die bereits im Land befindliche Million Ausländer nicht wenigen der 5,4 Millionen Schweizer echte und manchmal kaum lösbare Probleme des Zusammenlebens auf, was zunächst mit Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun hat. Insbesondere haben die sonst schon sozial Benachteiligten die Folgen des großen Ausländeranteils zu tragen: von den Schulproblemen in überfremdeten Klassen angefangen, über die Schwierigkeiten am Arbeitsplatz bis hin zum Wohnungsmangel und zum Lebenmüssen in eigentlichen Ghettos. Der mehrheitlich von Ausländern gesteuerte Drogenhandel mit seinen verheerenden Folgen verbessert die Stimmung gewiß auch nicht, insbesondere wenn darin – wie neustens – auch noch Asylbewerber verwickelt sind. In Konsequenz und darüber hinaus gibt es aber unbestreitbar eine eigene Fremdenfeindlichkeit. Einige ihrer Mechanismen sind: der Hang zu vereinfachenden Verallgemeinerungen (Gastarbeiter und Asylanten als Sündenböcke für Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Nichterhöhung der AHV-Renten, Verkehrsschlamassel usw.), ein ahistorisches und eindimensionales Weltbild, eine biologische Konzeption des sozialen Lebens, Nationalismus.⁴ Der tiefste Grund für die Xenophobie dürfte aber in einer starken Verunsicherung der Bevölkerung liegen, die in der wirtschaftlichen und kulturellen Umwälzung der letzten Jahrzehnte in ihrer eigenen Identität unsicher geworden ist. Viele empfinden Angst vor der Zukunft. Wenn der Fremde verunsichert, dann nicht deshalb, weil er uns mit seinen eigenen Problemen auf den Leib rückt, sondern weil er *unsere eigenen* Schwierigkeiten aufdeckt.

Die Regierung befindet sich in einer schwierigen Lage. Zwar fallen auch für sie die bloßen Zahlen der Flüchtlinge und Asylbewerber nicht ins Gewicht, wie ein Vertreter des zuständigen

⁴ Vgl. Uli Windisch, *Xénophobie? Logique de la pensée populaire. Analyse sociologique du discours des partisans et des adversaires des mouvements xénophobes*. Lausanne 1978.

verweist auf das Herzstück des rechtsstaatlichen Verfahrens des angelsächsischen Rechts, der Habeas Corpus, als Lösungsmöglichkeit. Mit dem Recht des Habeas Corpus kann das Gericht von jeder Behörde oder Privatperson, die jemanden seiner Freiheit beraubt, verlangen, den Gefangenen, wenn dieser es wünscht, innert 24 Stunden vorzuführen, damit der Richter abklärt, ob der Betroffene zu Recht gefangengehalten wird.

«Ein ähnliches Recht könnte man den Asylsuchenden zugestehen, die von den Behörden mit der Begründung abgewiesen werden, sie seien in ihrem Ursprungsland nicht an Leib und Leben gefährdet. Damit hätte die Verwaltung die Möglichkeit, ein schnelles Verfahren durchzuführen; der Betroffene könnte aber mit Hilfe einer Klage verlangen, daß ein *unabhängiger Richter* untersucht, ob die im Asylgesetz vorgesehene Gefährdung an Leib und Leben vorliege.»⁷ So wäre eine von politischen Einflüssen unabhängige Instanz für die gerechte Anwendung der Gesetze besorgt und der Menschenrechtserklärung zu einem erheblichen Teil Genüge getan.

Kirchenasyl

Gegen die bisher beschriebenen Aktionsmöglichkeiten der Kirchen, die, wenn sie ausgeschöpft werden, politisch wie rechtlich viel bringen können, wird nicht so leicht etwas einzuwenden sein. Anders verhält es sich mit dem Kirchenasyl und der privaten Unterbringung von Asylanten. Kirchenasyl wurde in den letzten Monaten nicht nur in Zürich, sondern auch in Lausanne und Genf von der einen oder andern protestantischen und katholischen Kirchgemeinde vorerst vorübergehend gewährt mit dem positiven Ergebnis, daß neu verhandelt wird und Ausschaffungen unterblieben. Die «Aktion für abgewiesene Asylsuchende» (AAA) des Berner Arztes Peter Zuber ist eine informell zusammenarbeitende Gruppe mehrerer hundert Schweizerinnen und Schweizer, welche abgewiesene und gefährdete Asylanten privat beherbergen und nach Lösungen suchen, die für die Betroffenen keine Bedrohung darstellen (z. B. Ausreise in ein Drittland). In einem Brief vom 24. Oktober 1985 an die Kirchgemeinde Zürich-Seebach erklärte Bundesrätin Elisabeth Kopp kompromißlos:

«Es ist müßig, darüber Gutachten erstellen zu lassen. Die Rechtslage ist klar: Beide Begriffe sind den einschlägigen Erlassen unbekannt. Für ein solches Verhalten kann es letztlich keine Rechtfertigung geben. Insbesondere könnte kein Recht auf Widerstand geltend gemacht werden. Gegen rechtsstaatliches Handeln gibt es keine Legitimation zum Widerstand.»

Ist dem so? Ist es wirklich müßig, hier auch nur in eine Diskussion einzutreten? Gäbe es den perfekten Rechtsstaat Schweiz, dann vielleicht ja. Davon sind wir aber ein gutes Stück weit entfernt und werden es wohl immer bleiben, auch wenn wir dankbar anerkennen wollen, daß wir weder in einer Diktatur noch in einem Unrechtsstaat zu leben haben. Aber auch der Rechtsstaat Schweiz weist seine Lücken auf, und die Rechtspraxis ist keineswegs fehlerfrei. Gerade in der Asylfrage wurden in der Vergangenheit, wie jedermann weiß, schwere Fehler begangen, und in der Gegenwart sind wir keineswegs dagegen gefeit, wie Vorkommnisse der letzten Zeit beweisen. Gewiß ist der Rechtsstaat ein sehr hohes Gut, und wir haben alles Interesse daran, daß er funktionsfähig bleibt. Die Angst um diesen Rechtsstaat kann aber auch zu groß sein, gerade im Angesicht von Unrecht gegenüber Menschen. Eine generelle Warnung vor illegalen Aktionen ist sowohl von der Rechtsstaatsidee wie vom Glauben her zu billig. *Wenn irreversible Schäden (Tod) oder schwere Leiden zu befürchten sind*, so ist Widerstand nach Ausschöpfung aller übrigen in der erforderlichen Zeitspanne verfügbaren Mittel möglich und geboten, also etwa Widerstand gegen Heimschaffung an Leib und Leben gefährdeter Asylanten. Kommen die Kirchen und ihre Hilfswerke aufgrund eigener Abklärungen zum Ergebnis, daß Ausschaffungen in ein bestimmtes Land nicht zu verantworten sind, ist Widerstand ge-

boten. «Das Kirchenasyl wäre eine denkbare Form», so der Sozialethiker der Theologischen Fakultät Zürich, *Hans Ruh*.⁸

Inwiefern und inwieweit damit an das alte Asylrecht der Kirchen angeknüpft wird und unter den heutigen rechtsstaatlichen Bedingungen, die keine rechtsexempten Zonen kennen, angeknüpft werden könnte, ist eine schwierige Frage, die hier nicht angegangen werden kann. Dies scheint mir aber auch nicht von erster Dringlichkeit zu sein. Zunächst ist doch wichtig, daß mit der jetzt praktizierten Form von Kirchenasyl eine Möglichkeit gefunden wurde, um mit einem der Flüchtlingsproblematik adäquaten Mittel zu demonstrieren, zu protestieren und Einhalt zu gebieten, wenn man aufgrund seriöser Abklärungen der Überzeugung ist, daß Menschen in den Tod geschickt oder sonst inhuman behandelt werden. Es geht nicht darum, alle Asylanten vor der Wegweisung zu bewahren. Die vorübergehende Schutzgewährung will erreichen, daß jeder Einzelfall genau abgeklärt wird (also auch Klarheit der Menschenrechtsverhältnisse vor Ort), daß Härtefälle vermieden werden und nicht vorschnell alle Lösungsmöglichkeiten unter den Tisch gewischt werden («Asyl auf Zeit», Aufnahme von Asylanten in die normalen Ausländerkontingente usw.). Diese Demonstration ist keine Aushöhlung des Rechtsstaats, sondern im Gegenteil Verhinderung seiner Aushöhlung. Der Ruf nach dem Rechtsstaat darf nicht gleichbedeutend sein mit der Unfähigkeit, Probleme lösen zu können oder zu wollen. Rechtsstaatliche Lösungen der anstehenden Probleme sind möglich. Nur ist zuzeiten spürbarer Druck notwendig, nicht zuletzt, um der Regierung, die unter massivem Gegendruck steht, zu helfen. So waren die bisherigen Aktionen von Kirchgemeinden nicht ohne Erfolg, und in Genf hat sich nach einer großen Demonstration der Große Rat einhellig, die Vigilance eingeschlossen (!), für Aufenthaltsbewilligungen in Härtefällen ausgesprochen.

⁸ Interview im Tages-Anzeiger (Zürich) vom 2. 11. 1985, S. 17, unter dem Titel: Ruh: Die Rechtsstaats-Idee geht dem Rechtsstaat voraus.

Katholische Kirchgemeinde Uster

Unser bisheriger Mitarbeiter wird im Frühling in einem Kloster das Noviziat beginnen, und somit wird für die St.-Andreas-Pfarrei Uster die Stelle eines/einer

kirchlichen Mitarbeiters/ Mitarbeiterin als Laientheologe/-in

auf Ende April (Schulbeginn) oder nach Vereinbarung zur Wiederbesetzung frei.

Je nach Eignung und Ausbildung könnten wir folgende Arbeiten zuteilen:

- Religionsunterricht Mittelstufe
- Mitarbeit in der Jugendarbeit
- Betreuung des nebenamtlichen Katechetenteams
- Begleitung der Gruppe Kindergottesdienste
- Mitgestaltung und Mitwirkung in verschiedenen Liturgien

Das genaue Pflichtenheft würde in Zusammenarbeit mit dem Pfarramt und gemäß den Vorstellungen des neuen Stelleninhabers erstellt.

Eine eigene Zweizimmerwohnung innerhalb des Pfarrreizentrums kann zur Verfügung gestellt werden. Besoldung und Sozialleistungen richten sich nach der Anstellungsordnung der röm.-kath. Körperschaft des Kantons Zürich.

Für weitere Informationen steht Ihnen Pfr. L. Huber, Tel. 01/940 56 56, gerne zur Verfügung. Bewerbungen sind bitte zu richten an: Kath. Kirchenpflege, Neuwiesenstr. 17, 8610 Uster.

⁷ Fleiner a. a. O.

Bis heute ist es im Zusammenhang mit dem Kirchenasyl noch zu keinen größeren Schwierigkeiten gekommen, weil entweder keiner behördlichen Anordnung zuwidergehandelt wurde, sondern mittels des Kirchenasyls nur auf drohende Gefahren aufmerksam gemacht wurde (Seebach), und/oder weil Verhandlungen aufgenommen werden konnten. Sehen sich in Zukunft aber Pfarreien und Kirchengemeinden tatsächlich wie die Leute der AAA verpflichtet, lebensgefährlich bedrohte Asylanten vor der endgültigen Ausschaffung zu bewahren und der Staatsgewalt Widerstand entgegenzusetzen, so werden verschiedene Dinge mitbedacht werden müssen, u. a.: Sind bereits alle verfügbaren rechtlichen und politischen Mittel (Demonstrationen,

Protestaktionen usw.) ausgeschöpft? Wieviel Solidarität innerhalb der Kirchengemeinden, den Kirchengemeinden unter sich und zwischen ihnen und den Kirchenleitungen sind erforderlich, um erfolgversprechend handeln zu können? Wirken sich solche Aktionen positiv oder negativ auf die gesamte Flüchtlings- und Ausländerproblematik aus?

Zu hoffen bleibt, daß sich die Lage nicht zuspitzt. Allein von den Zahlen her hat das gegenwärtige Asylproblem eigentlich bescheidene Dimensionen, die einer humanen Lösung nicht entgegenstehen. Die Schweiz soll ein Land der Asylgewährung bleiben und nicht zu einem Land der Asylverhinderung werden.
Josef Bruhin

Herausgefordert durch die Welt und durch Gott

Bergpredigt und Weltfrieden II

In einem ersten Teil hat der Verfasser in einem Vergleich des US-amerikanischen und des deutschen Friedenshirtenworts von vier unverzichtbaren Bedingungen einer Begegnung zwischen *Bergpredigt* und *Weltfrieden* die zwei ersten Bedingungen dargestellt: «Die ethischen Kriterien einer aktualisierten Lehre vom gerechten Krieg sind als Umsetzungsform der Bergpredigt in die politische Wirklichkeit der militärischen Friedenssicherung festzuhalten» (1. Bedingung) und «Die eigene Geschichte, zumal auch die Geschichte des eigenen Versagens gegenüber dem Maßstab der Bergpredigt sind einzugestehen und für eine entschiedenere Aktualisierung der Bergpredigt fruchtbar zu machen» (2. Bedingung). Es folgen nun die Analyse der dritten und vierten Bedingung. (Red.)

Es nützt wenig, die Botschaft der Bergpredigt abstrakt, losgelöst von den hier und heute anstehenden Problemen auszulegen. *Die Bergpredigt muß als Sauerteig in das Gemenge mit den konkreten, bedrängenden Fragen der Weltwirklichkeit* (3. Bedingung). Auch dies zeigt der Vergleich der zwei Hirtenworte.

Die amerikanischen Bischöfe demonstrieren m. E. in geradezu vorbildlicher Weise, wie weit diese Konfrontation und Einmischung der Bergpredigt in die heutigen Fragen zu gehen haben und welche Wege dabei begangen werden müssen.

Die Bischöfe haben sich nicht nur in intensiver Arbeit auch in militärischen und strategischen Fragen sachkundig gemacht, indem sie Fachleute eines breiten Meinungsspektrums als «Zeugen» gehört haben: ehemalige Regierungsbeamte, Moraltheologen, Ethiker, Bibelwissenschaftler, Vertreter katholischer Friedensorganisationen, Konfliktforscher, Ärzte, Militärs a. D., Angehörige der jetzigen US-Regierung (bis hin zu Caspar Weinberger persönlich). Sie nennen in ihrem Pastoralbrief auch ohne Scheu die damals zur Entscheidung anstehenden, umstrittenen Waffensysteme bei deren Namen. Erst im abschließenden Beschlußtext ist der Hinweis auf die MX-Raketen und die Pershing II in die Anmerkung 84 (S. 76) geschoben worden.

Die amerikanischen Bischöfe sind auch kritisch genug, die sich wandelnden Abschreckungskonzepte zu hinterfragen, indem sie nach der sich weniger wandelnden, «tatsächlichen Ausgestaltung der Abschreckungsstrategie der Vereinigten Staaten», nach der konkreten «Zielplanung» forschen. Im Haupttext liest man da die freimütige Aussage der Bischöfe:

«Wir haben z. B. erfahren, daß die nuklearstrategische Zielplanung der Vereinigten Staaten (SIOP = Single Integrated Operational Plan) 60 «militärische» Ziele allein in der Stadt Moskau ausgemacht hat, und daß 40000 «militärische» Ziele für Kernwaffen in der ganzen Sowjet-

union identifiziert worden sind.» Sie kommentieren: Auch wenn es nach Aussagen von Angehörigen der US-Regierung «nicht Teil der amerikanischen Zielplanung» sei, «auf die sowjetische Zivilbevölkerung als solche zu zielen oder bewußt Kernwaffen einzusetzen mit der Absicht, Bevölkerungszentren zu zerstören», so bieten diese Äußerungen nach Meinung der Bischöfe – zumal angesichts der hohen Zahl sogenannter «militärischer» Ziele – «keine Antwort oder Lösung» für das sehr beunruhigende moralische Problem, «nämlich daß ein Angriff auf militärische oder militärisch wichtige industrielle Ziele zu «indirekten» (d. h. nicht beabsichtigten), aber schweren Verlusten unter der Zivilbevölkerung führen könnte». Damit ist zugleich das Kriterium der Verhältnismäßigkeit tangiert. (S. 73f.)

Aufgrund der Sachkenntnis der Bischöfe sind ihre Aussagen, ob konkret oder grundsätzlich, immer so, daß sie deutliche Position beziehen und daß jeder halbwegs informierte Leser des Hirtenbriefs weiß, was die Bischöfe meinen, wofür oder wogegen sie sind. Deswegen auch die Furcht der Regierung vor diesem Pastoralbrief und ihre Bemühungen, auf die Bischöfe Einfluß zu nehmen.

Beispiele für solche sehr *konkreten* Aussagen: «Wir wenden uns gegen neue Waffen, die gegenüber einem Angriff wahrscheinlich verwundbar sind, aber auch eine Fähigkeit zur «schnellen Zerstörung gehärteter Ziele» besitzen, die das Zweitschlagspotential der anderen Seite verwundbar zu machen drohen. Solche Waffen können den Anschein erwecken, sie seien vor allem für einen Erstschlag geeignet.» (S. 76; hier erfolgt in der Anmerkung der Hinweis auf MX-Raketen und Pershing II) – Oder die Bischöfe empfehlen: «Beseitigung nuklearer Kurzstreckenwaffen auf allen Seiten, deren Abschreckungswert in keinem Verhältnis zu der mit ihnen verbundenen Vervielfältigung der Gefahren steht. Entfernung der Kernwaffen durch alle Parteien aus Gebieten, wo sie wahrscheinlich in einem frühen Stadium eines Krieges überrannt und daher zu schnellen und unkontrollierbaren Entscheidungen über ihren Einsatz zwingen würden» (S. 77).

Oder zur Strategie der Abschreckung, die die Bischöfe noch tolerieren, führen sie *grundsätzlich* aus, daß sie aufgrund der obengenannten Kriterien «nicht jedem Waffensystem, jeder Strategie oder politischen Initiative zustimmen können, die im Namen einer Stärkung der Abschreckung vorgebracht werden. Im Gegenteil, diese Kriterien verlangen, daß die Öffentlichkeit ständig prüft, was unsere Regierung in bezug auf die Abschreckung unternehmen will. ... Wenn nukleare Abschreckung unser Ziel ist, dann ist «ausreichende Abschreckung» (sufficiency) eine angemessene Strategie; Streben nach Überlegenheit muß aber abgelehnt werden.» (S. 75f.)

Mißt man an diesem ungewöhnlichen Mut zur Deutlichkeit, auch im Detail, das Wort der deutschen Bischöfe, so stößt man auf eine akademisch-abstrakte Erörterung, die sich aus den konkreten Fragen heraushält. Nicht einmal das Wort «Nachrüstung», geschweige denn das Wort «Mittelstreckenraketen» fällt – obwohl dies der Anlaß des Hirtenworts gewesen war.

Selbst die drei Kriterien, die bei der ethischen Beurteilung nuklearer Abschreckung erfüllt sein müssen, damit diese als «ethisch noch annehmbar» beurteilt werden kann, bleiben in einer von den konkret anstehenden Problemen völlig losgelösten grundsätzlichen «Richtigkeit»:

¹ Erster Teil in: Orientierung Nr. 1, 15. 1. 86, S. 5-9. – Texte: Gerechtigkeit schafft Frieden. Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden (18. 4. 1983), Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Kaiserstr. 163, D-5300 Bonn 1); Die Herausforderung des Friedens – Gottes Verheißung und unsere Antwort. Pastoralbrief der kath. Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden (3. 5. 1983), in: Herausforderung Frieden (Pax-Christi-Reihe, Dok. Nr. 7), S. 5-129, Hrsg.: Pax Christi, Deutsches Sekretariat (Windmühlstr. 2, D-6000 Frankfurt 1).

▷ «Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen.»

▷ «Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind.»

▷ «Alle militärischen Mittel müssen mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein.» (S. 53f.)

Kein Mensch, auch kein Regierungsmitglied, wird gegen solche grundsätzlichen Aussagen etwas einzuwenden haben. Sie «treffen» nicht und «bewegen» auch nichts. Es ist «etwas», aber in Wahrheit «nichts», jedenfalls nichts «Konkretes» und damit möglicherweise auch «Anstoßerregendes» gesagt. Die Bischöfe haben sich mit ihren prinzipiellen Formulierungen aus der konkreten Geschichte herausgehalten. Sie haben auf die in der Nachrüstungsfrage anstehenden Entscheidungen letztlich keine Antwort und kaum eine Entscheidungshilfe gegeben.²

Das ist so, wie wenn heute in Südafrika ein Kirchenmann über Menschenwürde sprechen würde, ohne das Stichwort «Apartheid» in den Mund zu nehmen. Oder, um ein der Bergpredigt näheres Beispiel zu wählen: wie wenn ein Theologe abstrakt über das «Eheband» spekulieren würde, ohne die Wirklichkeit der vielen gescheiterten und auch kirchlich nicht lösbaren Ehen in den Blick zu nehmen.

Konsequenzen der Nachfolge

Die «Nachfolge» führt mitten in die «Fülle der Aufgaben, Fragen, Erfolge und Mißerfolge, Erfahrungen und Ratlosigkeit» des täglichen Lebens. In diesen Situationen gilt es, im Blick auf den Willen Gottes und das Wohl der Mitmenschen verantwortliche Entscheidungen zu treffen. Christliche Ethik gibt es nicht «an sich», sondern nur im Vollzug. Der prophetische Auftrag der Kirche besteht mithin nicht in der Verwerfung des Kriegs an sich, also in der Verkündigung eines Prinzips bzw. einer allgemeinen Richtigkeit. Die Kirche muß vielmehr sagen: «Dieser oder jener Krieg ist zu verwerfen», nur so verkündet sie das konkrete Gebot. Kein Geringerer als Dietrich Bonhoeffer hat dies eingeschärft.³

Die Kirche muß freilich dann auch bereit sein, Verantwortung und Schuld auf sich zu nehmen. Sie muß riskieren, «fehlbar» zu sein.

Die vierte und letzte Bedingung für eine fruchtbare Begegnung von Bergpredigt und Weltfrieden besteht darin, *ob wir sowohl der völlig «neuen» Situation einer die Existenz des Planeten Erde bedrohenden Atomgefahr als auch dem «Überschuß» der Bergpredigt an Hoffnung und der Herausforderung ihrer «Friedensvision» standhalten.*

Beide Hirtenworte unterstreichen im Anschluß an das Zweite Vatikanische Konzil wie auch unter Berufung auf Äußerungen der letzten Päpste die besondere, äußerste Situation, in der sich die Menschheit angesichts des aufgehäuften atomaren Vernichtungspotentials befindet:

Das Konzil deutet die gegenwärtige Weltsituation als «Frist, die uns noch von oben gewährt wurde», die es zu nützen gilt, «um mit geschärftem Verantwortungsbewußtsein Methoden zu finden, unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist. Die göttliche Vorsehung fordert dringend von uns, daß wir uns von der alten Knechtschaft des Krieges befreien» (Gaudium et spes Nr. 81).

² Was diese Kriterien, angewandt auf die Nachrüstungsfrage, erbrächten, erläutert Rupert Feneberg in «Gerechtigkeit schafft Frieden». Die katholische Friedensethik im Atomzeitalter. München 1985, S. 145-164: «Die Nachrüstungswaffen sind ethisch nicht zu rechtfertigen.» Einzelne Bischöfe, vor allem Kardinal Höffner, haben nachträglich die vom Hirtenwort «offen» gelassene Anwendung der Kriterien persönlich zugunsten der «Nachrüstung» entschieden und so die Tendenz der Erklärung weiter abgeschwächt.

³ Vgl. R. Mayer, Friede und Widerstand. Biographische und theologische Reflexionen über Dietrich Bonhoeffer, in: Der evangelische Erzieher 34 (1982), Heft 5, S. 438-450, bes. 449.

Das Konzil hat auch – wenngleich sehr distanziert – auf die gegenwärtig praktizierte Sicherung eines «gewissen Friedens» zwischen den Völkern durch atomare Abschreckung hingewiesen, die viele als «das wirksamste Mittel» dafür ansehen würden. Eine solch positive Einschätzung der Abschreckungsstrategie, die doch zu einem immer weiterschreitenden Rüstungswettlauf antreibt, hat es aber durch die Aussage relativiert: «Die Menschen sollten überzeugt sein, daß der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige Nationen ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und daß das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist.» (Gaudium et spes Nr. 81; vgl. US-Bischöfe, S. 69, BRD-Bischöfe, S. 35f.) «Es ist also deutlich, daß wir mit all unseren Kräften jene Zeit vorbereiten müssen, in der auf der Basis einer Übereinkunft zwischen allen Nationen jeglicher Krieg absolut geächtet werden kann.» (Gaudium et spes Nr. 82)

Auf dieser vom Konzil vorgegebenen Linie einer sehr reservierten Tolerierung der Abschreckungsstrategie hat Papst Johannes Paul II. mehrfach, u. a. in seiner Botschaft an die Zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung im Juni 1982, diese nur bedingte Hinnahme seitens der Kirche erneuert: «Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden. Um jedoch den Frieden sicherzustellen, ist es unerlässlich, daß man sich nicht mit einem Minimum zufrieden gibt, das immer von einer wirklichen Explosionsgefahr belastet ist.» (US-Bischöfe, S. 70f., BRD-Bischöfe, S. 52)

Paradoxe Situation der Menschheit

Gemäß diesen konziliaren und päpstlichen «Vorgaben» sprechen die beiden Hirtenworte in der Sache übereinstimmend, wenn auch in der Sprache verschieden – die einen unverblümt und dramatisch, die andern eher grundsätzlich – von der paradoxen Situation, in der sich die Menschheit befindet.

Die amerikanischen Bischöfe: «Darum leben wir heute mitten in einem Drama kosmischen Ausmaßes. Wir besitzen eine Macht, von der niemals Gebrauch gemacht werden darf, die aber zum Einsatz kommen könnte, wenn wir nicht umkehren. Wir leben mit den Atomwaffen in

Römisch-katholische Kirchgemeinde Winterthur

Für die Pfarrei St. Marien in Oberwinterthur suchen wir zu baldigem Eintritt einen/eine vollamtlichen/-e

Pastoralassistenten/-in oder Seelsorgehelfer/-in

Der Aufgabenbereich umfaßt vor allem:

- nachschulische Jugendarbeit und Betreuung von Jugendorganisationen
- Religionsunterricht an der Oberstufe
- Mitarbeit in der Pfarreiseelsorge und in der Liturgie

Die Anstellungsbedingungen und die Besoldung richten sich nach der Anstellungsordnung der römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich.

Interessenten/-innen erhalten nähere Auskunft durch Pfarrer J. Rüttimann, Tel. 052/27 1050, oder über Tel. 052/25 81 20.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an den Präsidenten der römisch-katholischen Kirchenpflege, P. Bochsler, Laboratoriumstraße 5, 8400 Winterthur, zu richten.

dem Wissen, daß wir uns keinen einzigen schweren Fehler leisten dürfen.» (S. 55f.) – «Unsere Moralbegriffe bekommen das politische Paradox der Abschreckung nicht mehr recht in den Griff. Darf ein Staat mit dem drohen, was er nie tun darf? Darf er besitzen, was er nie einsetzen darf?» (S. 59) – «Wir sehen mit zunehmender Klarheit den politischen Wahnsinn eines Systems, das mit gemeinsamem Selbstmord droht; wir sehen den seelischen Schaden, den es bei normalen Menschen, besonders der Jugend verursacht; wir sehen die Verzerrung wirtschaftlicher Prioritäten – Milliarden werden bereitwillig für Instrumente der Zerstörung ausgegeben, während in unseren gesetzgebenden Körperschaften täglich regelrechte Schlachten über wesentlich geringere Summen für Obdachlose, Hungernde und Hilflose hier und in aller Welt ausgefochten werden. Es ist jedoch viel weniger klar, wie wir das Nein zum Nuklearkrieg in die persönlichen und politischen Entscheidungen umsetzen, die uns in eine neue Richtung führen können, hin zu einer staatlichen Politik und zu einem internationalen System, die die Werte ... des Reiches Gottes besser erkennen lassen.» (S. 58)

Die deutschen Bischöfe sprechen angesichts der Konzilsaussagen von einer «Notstandsethik auf dem Weg vom Krieg weg und hin zu mehr Frieden» (S. 36), von einem «großen Dilemma», vor dem sie mit ihren Aussagen vor allem zur Friedenssicherung stehen (S. 56), von einer «Zwischenzeit» (Paul VI.), einer «Not-Ordnung», die aus der Spannung zwischen den Verheißungen des Wortes Gottes und den faktischen Gegebenheiten resultiert, die aber – vom Evangelium her – «nicht der Weisheit letzter Schluß» sein könne (S. 56f.).

Aus der Verheißung des Evangeliums leiten die deutschen Bischöfe die Aufforderung an die Christen ab, «Verhaltensweisen und Lebensformen zu verwirklichen, die Gottes größere Gerechtigkeit schon hier und jetzt bezeugen» und «die Alternativen des Evangeliums beim Wort zu nehmen» (S. 57).

«Unser Friedenszeugnis ist in der Tat nur glaubwürdig, wenn wir alle nur möglichen kleinen und kleinsten Schritte in Richtung Frieden tun.» Auch in den internationalen Beziehungen der Staaten «widersprechen Expansionsdrang, Vormachtstreben und rücksichtslose Ausnutzung eigener Vorteile auf Kosten anderer dem Willen Gottes und dem Überlebensinteresse einer Menschheit, die ihre Probleme nurmehr in Partnerschaft und Solidarität lösen kann. Es kommt deshalb darauf an, neben der eigenen Sicherheit immer auch die Sicherheit des andern, des Gegners, in die Überlegungen einzubeziehen.» In diesem Zusammenhang der Konsequenzen aus der «Friedenshoffnung» kommen die Bischöfe auch auf die heiß debattierte Frage von «Vorleistungen» zu sprechen: «Um das Vertrauen in die zwischenstaatlichen Beziehungen zu stärken, sind Vorleistungen zu erwägen, sofern sie Sicherheit und legitimes Eigeninteresse nicht gefährden.» (S. 58)

Gerade angesichts solcher alternativer Verhaltensmöglichkeiten, die aus der Bergpredigt abgeleitet werden, fällt auf, daß solche Konsequenzen bevorzugt im Rahmen der Auslegung der Bergpredigt (S. 16–20) und in den Themenbereichen «Friedensethos», «Friedensförderung» und «Friedenshoffnung», aber kaum in dem politisch entscheidenden Abschnitt «Friedenssicherung» begegnen. Auch das Thema «Vorleistungen» taucht gerade hier nicht auf.

R. Feneberg bemerkt zu Recht: Forderungen der Feindesliebe wie Dialog und Vorleistungen, von denen der Hirtenbrief spricht, «würden die Abschreckungsstrategie noch wesentlich stärker einengen, wenn gleichzeitig der Eindruck vermieden worden wäre, die Bergpredigt und damit die Feindesliebe gelte vor allem für die Friedensförderung, nicht aber für die Friedenssicherung». Mit dieser Unterscheidung wird ein Bereich geschaffen, in dem die Feindesliebe nicht zählt.»⁴

⁴ R. Feneberg, ebenda (vgl. Anm. 2), S. 109f.; vgl. schon die «Weichenstellung» in der Einleitung des deutschen Hirtenwortes (S. 8f.): «Wenn es um die friedensfördernde Arbeit für Recht und Gerechtigkeit, für Entwicklung und Fortschritt, für gerechte Verteilung der Erdengüter geht, weiß sich die Kirche besonders gefordert. (...) Von anderer Art ist der Beitrag der Kirche im Zusammenhang mit der Sicherung des Friedens. Zu den herausgehobenen Pflichten der staatlichen Politik gehört es, die Rechtsordnung im Inneren ebenso zu schützen wie die Existenz und Freiheit eines Volkes gegen Aggression und Erpressung von außen.» Dietmar Mieth fragt dazu grundsätzlich (Fragen zur Friedenssicherung, in: Theologische Quartalschrift 163 [1983] S. 324ff., 326): «Was können Christen tun? Gemeinsam scheint ihnen die Erfahrung zu sein, daß es so nicht weitergehen kann. Aber sie ziehen daraus verschiedene Folgerungen. Man kann immer mehr daran zweifeln, daß diese Verschiedenheit daran liegt, daß auf der einen Seite mehr und auf der anderen Seite weniger Sachgerechtigkeit in der Beurteilung

Die Frage der Vorleistungen

Das Pastoralwort der amerikanischen Bischöfe geht in der Frage der «Vorleistungen» erheblich weiter als das Wort der deutschen Bischöfe, obwohl es nicht für eine generelle Politik einseitiger Abrüstung eintritt.

Die amerikanischen Bischöfe äußern ihre Überzeugung, «daß die dringende Notwendigkeit einer Kontrolle des Rüstungswettlaufs von beiden Seiten die Bereitschaft fordert, erste Schritte zu unternehmen». Unter «unabhängigen Initiativen», zu denen die Bischöfe ermutigen, verstehen sie «sorgfältig gewählte, begrenzte Maßnahmen, die die Vereinigten Staaten für eine bestimmte Zeitspanne durchführen könnten, um einen vergleichbaren Schritt seitens der Sowjetunion anzuregen». Solche «kalkulierte Risiken» sind notwendig, «um die Welt aus den Fesseln der atomaren Abschreckung und von dem Risiko eines Atomkrieges zu befreien» (S. 81f.).

Wichtiger noch – zumal angesichts der konkreten, damaligen Beziehung zwischen den USA und der UdSSR – scheint die Feststellung der Bischöfe zu sein: «Verhandlungen nur über Rüstungskontrollvereinbarungen ohne ständig begleitende Bemühungen, die politischen Spannungen abzubauen, die zum Ausbau der Rüstung führen, genügen nicht. Daher sollten die Vereinigten Staaten kontinuierlich eine Politik intensivster politischer Kommunikation mit Regierungen potentieller Gegner betreiben, um immer wieder gründliche Diskussionen und Verhandlungen über Reibungspunkte sicherzustellen. Diese Politik sollte in Form eines Netzes von regelmäßigen, sorgfältig vorbereiteten Konferenzen auf verschiedenen Regierungsebenen durchgeführt werden, einschließlich von Gipfeltreffen in regelmäßigen Abständen. Solche Gesprächsmöglichkeiten sind zu wichtig, als daß sie von einer der beiden Großmächte als ein Nachgeben betrachtet oder von dem täglichen Auf und Nieder der internationalen Entwicklungen abhängig gemacht werden dürfen.» (US-Bischöfe, S. 82; vgl. – wenngleich weniger deutlich – BRD-Bischöfe, S. 55)

Die amerikanischen Bischöfe warnen zwar davor, sich über «das repressive Sowjetsystem» Illusionen zu machen, und sie erinnern voll Stolz an ihr eigenes politisches System, das gewiß nicht «ohne Fehler» sei, aber ein unvergleichliches «Ausmaß an politischen Freiheiten» gewähre (S. 95). Sie warnen aber zugleich vor der «Falle einer Art Antisowjetismus» als Folge einer Supermacht-Rivalität, zumal im diplomatischen Verkehr. Und dann taucht die berühmt gewordene, im Beschlußtext zwar abgeschwächte Aussage auf: «In einigen Fällen muß das sowjetische Verhalten gerügt werden; aber das sowjetische Volk und seine Führer sind Menschen, die nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind.» (S. 97) In der 2. Fassung hatte es noch drastischer geheißen: «Das Verhalten der Sowjets verdient in einigen Fällen die Bezeichnung (ungeheuerlich); aber weder das sowjetische Volk noch seine Führer sind Ungeheuer. Sie sind Menschen, die nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind.» (S. 60)

Überhaupt setzen die amerikanischen Bischöfe betonter als ihre deutschen Amtsbrüder – noch inspiriert vom Aufbruch des Konzils und von einer neu gewonnenen Dialogfähigkeit – auf die *verändernden Möglichkeiten Gottes*.

In dem eben erwähnten Zusammenhang heißt es unmittelbar anschließend: «Zu glauben, wir seien auch in Zukunft zu dem verurteilt, was in der Vergangenheit die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ausmachte, heißt sowohl unsere menschlichen Fähigkeiten zu schöpferischer Diplomatie als auch Gottes Handeln in unserer Mitte zu unterschätzen, das den Weg für Veränderungen eröffnen kann, die uns kaum vorstellbar erscheinen.» (S. 97)

Die Notwendigkeit, die Abschreckungspolitik ihres Landes neu zu durchdenken, erfordert nach Überzeugung der amerikanischen Bischöfe nicht nur beträchtliche intellektuelle, politische und moralische Anstrengungen. «Sie verlangt unserer Meinung nach auch die Bereitschaft, uns der Fürsorge, der Macht und dem Wort Gottes zu öffnen, das uns laut ruft, unser gemeinsames Menschsein und die Bindungen wechselseitiger Verantwortung zu erkennen, die trotz aller politischer

lung der Fakten und Probleme waltet. Man hat eher den Eindruck, daß verschiedene Optionen auch verschiedene Sachgerechtigkeiten hervorbringen. Möglicherweise geht es unter den Christen doch mehr um die Wurzeln ihres Glaubens als um die Zweige ihrer weltlichen Sachkenntnisse.»

Unterschiede und Atomwaffenarsenale in der internationalen Gemeinschaft bestehen.» (S. 79)

In dem «erheblich gewachsene(n) Bewußtsein der Gefahren des atomaren Rüstungswettlaufs», das «hier und in anderen Ländern eine öffentliche Diskussion über die Nuklearpolitik in Gang gesetzt (hat), die es in einem solchen Umfang und einer solchen Tiefe bisher nicht gegeben hat», sehen die amerikanischen Bischöfe ein theologisch relevantes «Zeichen der Zeit». Sie sehen zwar bei dieser Neubewertung der Abschreckungsstrategie viele Einflüsse zusammenwirken. Aber «wir glauben, eines der entscheidenden Elemente ist die biblische Friedensvision, die uns in diesem Hirtenbrief leitet. Seit fast vier Jahrzehnten ist das Atomzeitalter der Schauplatz unserer Existenz; heute wird es unter neuen Gesichtspunkten bewertet. Der Sauerkeit des Evangeliums und das Licht des Heiligen Geistes bilden für viele die entscheidende Dimension dieser neuen Perspektive.» (S. 56)

Nach dem Hirtenwort der deutschen Bischöfe könnte man den Eindruck haben, daß – neben der Bedrohung durch die sowjetische Ideologie und Militärmacht – jene «Heilslehren» die größte Gefährdung für das Evangelium des Friedens sind, «die eine Entwicklung der Menschheit zu einem Zustand vollendeter Humanität und Friedfertigkeit annehmen oder eine solche heile Welt mit revolutionärer Gewalt herbeiführen wollen» (S. 38). Wen haben die Bischöfe konkret vor Augen?

Angesichts einer prophetischen Vision

Aus dieser gläubig-positiven Weltsicht heraus können die amerikanischen Bischöfe auch viel vorbehaltloser als ihre deutschen Kollegen «die Entwicklung gewaltfreier Mittel zur Abwehr von Angriffen und zur Konfliktlösung» fordern (S. 42), auf «gewaltfreie Wege des Widerstandes gegen das Übel» aufmerksam machen – besonders die Dänen und Norweger werden gerühmt –, «soziale Verteidigung» empfehlen (S. 87f.). Sie anerkennen die «pazifistische Option» vieler zutiefst aufrichtiger Menschen, die «in ihrem Gewissen fest überzeugt sind, daß sie den wahren Frieden am besten dadurch verteidigen, daß sie sich weigern, Waffen zu tragen» (S. 42, 54). Sie räumen auch voll Respekt ein, daß sowohl in ihren eigenen Reihen wie unter den Katholiken der USA «viele Stimmen laut werden, die bezweifeln, daß die Strategie der Abschreckung eine geeignete Antwort auf den Rüstungswettlauf unserer Tage ist», und die deshalb sie, die Bischöfe, auffordern, «die Glaubensgemeinschaft vor eine prophetische Herausforderung zu stellen – eine Herausforderung, die die nukleare Abschreckung hinter sich läßt und entschlossener Schritte fordert in Richtung auf eine beiderseitige wirkliche Abrüstung und Friedensstiftung» (S. 79).⁵

Auch wenn die Bischofskonferenz der USA diesen letzten Schritt zu einem «Nein ohne jedes Ja» – im Einklang mit den deutschen Bischöfen – noch nicht getan hat, «die Herausforderung des Friedens» angesichts der paradoxen Lage der Menschheit wird auch katholische Bischofskonferenzen weiter in diese Richtung drängen.⁶

Rolf Baumann, Reutlingen

⁵ Vgl. aber auch R. Feneberg (ebenda, S. 166) im Blick auf die weithin verborgen gebliebene «politische Brisanz» des deutschen Hirtenworts: «Wo hat bisher aufgrund dieses Hirtenworts eine Überprüfung und Entlarvung unserer Feindbilder bezüglich des Kommunismus stattgefunden? Wissen unsere Politiker, daß sie nach diesem Hirtenwort nicht mehr als Christen handeln und sich also nicht mehr auf ihr Christentum berufen dürfen, wenn sie eine Verteidigung mit dem Einsatz von Atomwaffen oder gar den Vergeltungsschlag planen und für möglich halten? Nur der Besitz, nicht aber mehr der Einsatz dieser Waffen ist befristet (noch) sittlich erlaubt.»

⁶ Über die erwähnten vier Bedingungen hinaus wäre noch ein weiterer gewichtiger Unterschied zwischen den beiden Hirtenworten zu nennen, der nicht ohne Einfluß auf die inhaltliche Ausformung geblieben ist: Während die US-Bischöfe zwei Fassungen ihres Pastoralerschreibens der öffentlichen Diskussion ausgesetzt haben und Verfasser wie Begründungen offenlegen, wurde das deutsche Hirtenwort unter strikter Geheimhaltung hinter verschlossenen Türen erarbeitet; und hier wird immer noch so getan, als gebe es – neben der normalen Theologie – eine eigene, kirchliche, die angeblich allein mit Bibelzitate, Kirchenvätertexten und kirchlichen Lehraussagen auszukommen vermag – ohne Benutzung heutiger Fachliteratur! Ob ein solches Verfahren, das dem «Glaubenssinn des Gottesvolkes» widerspricht und den Nachvollzug der Argumentation erschwert, nicht endlich ein Ende finden müßte? Vgl. dazu auch: Karl Weber, Zum Dokument der US-Bischöfe, in: Orientierung 47 (1983), S. 112.

Simone Weils Aktualität

Die meisten der 18 Beiträge des hier zu besprechenden Sammelbandes¹ sind bei einer Simone-Weil-Tagung auf Burg Rothenfels (19.–23. September 1984) vorgetragen worden. Die Dreiteilung des Buches (Philosophie – Religion – Politik) weist schon auf die vielfältige Tätigkeit und Ausstrahlung Simone Weils hin, dieser ebenso faszinierenden wie provozierenden französischen Denkerin (1909–1943)². Unter welcher Überschrift ihre zentralsten Themen einzuordnen sind, ist eine Frage der Optik, aber auch des Lebensabschnitts, in dem sie entstanden sind.

Simone Weil kann weder Politikerin noch Theologin genannt werden. Wenn Mitherausgeber H. R. Schlette meint, daß die Einheit trotz der Vielfältigkeit der Begabungen und Neigungen dieser Frau nicht aus dem Blick verloren werden darf, so scheint mir diese Einheit im Ur-Grunde gegeben zu sein, aus dem heraus ihre Bemühungen um Politik, wie auch um Religion(en), um Geschichte, Kulturen, Literatur usw. gespeist werden. Dieser Ur-Grund ist Weils Drang zu erkennen, Weil zu verstehen, um dann den für sie angemessenen Standpunkt zu finden. Es kann hier nicht darum gehen, alle Beiträge des Bandes vorzustellen. Entscheidend scheint mir jedoch, daß Philosophie und Politik und Religion unabdingbar zu Simone Weils Leben gehören.

Philosophie – Religion – Politik

► Unter dem Titel *Philosophie* (25–117) kommen ureigene Anliegen Simone Weils zur Sprache. Das *Platonische* bei ihr wird von Michel Nancy sehr fein und mit großen Platonkenntnissen herausgearbeitet (27–41). «Die Frage, «was das Platonische an Simone Weil ist», führt tatsächlich zu der außergewöhnlichen Figur eines christlichen Platon, führt in Wirklichkeit zur Entdeckung einer Weilschen Dimension Platons» (37f.). Simone Weil liest Platon «weder als Philosophin noch als Philosophiehistorikerin, sondern als Archäologin, die in den Dialogen die Spuren einer Weisheit sucht, die nichts als Treue zu einer Wahrheit darstellt, die man ... unmöglich erfinden kann» (38). – Ähnliches könnte zu den «Kantischen Themen im Denken der Simone Weil» von Miklos Vetö gesagt werden (42–52). Kant war neben Platon der Hauptinspirator Weils. Er regte sie an, sich mit der Verzeitlichung der Welt und der Menschen, aber auch mit dem eigentlichen Sollen, das transsubjektive Vernunft-Gründe hat, zu beschäftigen. Auch hier suchte Weil die Weisheit des Tuns. Daß Kant, recht gelesen, «zur Gnade führe», dürften bei weitem nicht alle Kant-Leser vermerkt haben.

Überlegungen zum Verständnis der Zeit legt Bernhard Casper unter dem Titel *Die gerettete Zeit* (53–70) vor. Für unsere Denkerin ist «die Betrachtung der Zeit ... der Schlüssel des menschlichen Lebens» (53), ja «alle Probleme lassen sich auf die Zeit zurückführen» (53). Denn die Kette in der Höhle (Platon) ist die Zeit, und diese hat als erstes zu berücksichtigen, wer nach der *condition humaine* fragt. Zeit wird nach Weil vor allem in der *Arbeit* erfahren. Denn «in der Arbeit ... lasse ich die Zeit als das je andere und das Draußen in meinen Körper eindringen und verstoffliche mich so – wie Christus. Ich erleide (die Schwerkraft der Welt)» (57). Das von Weil entfaltete Ver-

¹ Heinz Robert Schlette / André-A. Devaux (Hrsg.), Simone Weil: Philosophie – Religion – Politik. Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M. 1985, 320 S., DM 38,-. Neben den in der Besprechung ausdrücklich genannten enthält der Sammelband noch Beiträge von Rolf Kühn (Weltbezug in Arbeit, Unglück und Schönheit), Gilbert Kahn (Gottesidee und mystische Erfahrung bei Simone Weil), Géraldi Leroy (Der Aufstieg der Hitlerbewegung in der Sicht Simone Weils [1932–1933]), Simone Fraise (Die Nation im Denken Simone Weils), A. Moulakis (Simone Weil und das «Große Tier») und P. Little (Simone Weil und die «culture populaire»).

² Vgl. auch H. R. Schlette, Über das Interesse an Simone Weil, in: Orientierung 1983, S. 169–173. Eine leicht gekürzte und überarbeitete Fassung dieses Aufsatzes findet sich im hier besprochenen Sammelband, S. 12–24.

ständnis von Zeit und Wirklichkeit ist jedoch nicht bloß ein «intentional-egologisches» (68). Es geht ihr um eine Analyse der Zeit, in der auch der leibhaftig Andere wie auch die «Wirklichkeit, die außer der Welt liegt» (68), miteinbezogen wird. Selbst an eine «Rettung der Zeit» wird gedacht.

André-A. Devaux, Mitherausgeber des Sammelbandes und Präsident der «Association pour l'étude de la pensée de Simone Weil», geistig und persönlich sehr engagiert in der Simone-Weil-Forschung und rege tätig für die Verbreitung ihres Gedankengutes, kommt mit seinem Beitrag «Unglück und Mitleiden bei Simone Weil» (71-91) m. E. zum Herzstück Weilschen Denkens und Lebens. Denn «im Unglück liegt die Wahrheit über unser Wesen beschlossen» (71). Simone Weil zeigt jedoch, daß es angebracht ist, «einen grundlegenden Unterschied zu machen zwischen dem Unglück, das «in einem gewissen Sinn das Wesen der Schöpfung ausmacht» ..., und den zufälligen Formen des Unglücks» (74). Letztere verlangen politische und soziale Aktionen und intelligente Reformen. Dennoch gilt: Dem Menschen, der die Erfahrung des Unglücks macht, offenbart sich Gott selbst. Und in der Erfahrung des durchlittenen Unglücks erkannte Simone Weil ihre eigene Berufung, welche Erfahrung für sie wiederum Bedingung des Mitleidenkönnens ist: «Das Mitleid hat geöffnete Augen für das Gute und das Schlechte und findet in einem wie im anderen Gründe zu lieben» (85).

► Der zweite Teil befaßt sich mit Weils Verständnis der Religion (119-202). Maja Wicki-Vogt stellt Weils Sicht des Judentums (137-156), Otto Betz die des Christentums (157-178) und Marie-Ève Colin die der östlichen Religionen (179-202) dar. Dabei «ist die Wahrheit notwendigerweise universell» (179). Und so ist «das Begreifen der Identität unterschiedlicher Traditionen ... nicht ein Vergleichen dessen, was sie gemeinsam haben, sondern das Erfassen ihres je spezifischen Wesens», weil es im Grunde «ein einziges und gleiches Wesen» ist.³ Weil, dieser ungetauften Christin und jüdischen «Entwurzelten» (vgl. 137ff.), erschien vieles von unaufgebbarer Bedeutung, was ihr außerhalb des Christentums und des Judentums entgegenkam: durch Griechenland, durch Ägypten, durch das alte Indien, durch das alte China usw. Die Gesamtheit der Schöpfung fesselte sie. Nur ein Christentum kosmischen Ausmaßes interessierte sie. Aus dieser Sicht heraus konnte sie auch sagen, daß Menschen, wenn sie wirklich nach dem Brot der Wahrheit verlangen, Christus begegnen werden. So verwundert es nicht,

daß in ihren mystischen Erlebnissen wie auch in ihren Reflexionen immer wieder Christus vorkommt.

► Der dritte Teil, «Politik» (203-275), zeigt auf, daß Weil auch hier geistige Klarsicht durch alle Ereignisse hindurch suchte. «In dieser ganz besonders kritischen Phase der beginnenden dreißiger Jahre [sie verbrachte 1932 einen Teil ihrer Sommerferien in Deutschland, um sich aus eigener Anschauung zu informieren, Anm. von I. A.] weigerte sie sich, die Realität durch trügerische Hoffnungen oder verkürzte Analysen zu verschleiern» (216). Die gängigen Meinungen waren ihr zu wenig, denn das «Große Tier», die Meinung der vielen, wenn sie zusammen treten, die kollektiven Meinungen, verschleiern nur die Wahrheit. «Es ist ein Grundmotiv der Reflexion von Simone Weil, daß der einzelne Mensch, und nur er, das eine und einzig mögliche Subjekt des Denkens ist. Kollektivitäten, ob groß oder klein und welcher Art auch immer, Parteien, Nationen, Kirchen, denken nicht» (254). Diese Überzeugung liegt ihren Anstrengungen zu politischen Themen zugrunde. Ihre «Marxismuskritik» (218-234), von Heinz Abosch thematisiert, ist bestimmt davon. Weil hat sehr früh erkannt, was totale Herrschaft bedeutet. Und gleichzeitig hat sie als eine der ersten totale Herrschaft heraufkommen sehen (vgl. 222). Ihre Theorie formuliert sie 1933, als Hitler die Macht übernahm und Stalin seine Macht konsolidierte. Weil empfand es als die tragischste Tatsache der gegenwärtigen Epoche, «daß die Krise [das «Unglück», Anm. von I. A.] das Proletariat noch härter trifft als die kapitalistische Klasse, so daß sie nicht einfach als die Krise des Regimes, sondern der ganzen Gesellschaft erscheint» (222). Wenn es nach Abosch in dieser Angelegenheit eine Weilsche Botschaft gibt, wäre dies «ein Appell an freie Menschen, weil nur Freiheit wiederum Freiheit zu schaffen vermag. Nicht die große, unbegrenzte Freiheit des Kommunismus wird versprochen, wohl aber ... eine Serie authentischer Freiheitsrechte, die insgesamt das einzige vorstellbare Freiheitssystem abgeben können: ein dezentralisiertes System mit Kleinunternehmen, maßvoller Produktion, in Eintracht mit der Natur. Das ist nicht Marxens himmelstürmender «totaler Mensch», es ist der Mensch, der seine Grenzen anerkennt und innerhalb dieser Grenzen seinem Leben einen Sinn zu geben sucht» (234).

«Wo die Not ist, da ist auch die Pflicht»

Zum Abschluß wird das Gespräch der «Table ronde», die zu aktuellen Fragen an der Tagung Stellung nahm, vorgestellt: «Entfremdung und Arbeit» (von Patricia Fogarty, 279-284), «Schutz der Natur» (von Micheline Mazeau, 285-289), «Simone Weil und Emma Bovary» (von Hermann Bortfeldt, 290-293), «Simone Weil und das Problem des Humanismus» (von Heinz Robert Schlette, 294-298). - Im Anhang finden sich bio-bibliographische Angaben zu S. Weil im Überblick, eine wertvolle Bibliographie deutscher Ausgaben verschiedener Schriften S. Weils sowie deutschsprachige Literatur über S. Weil bis 1984.

Der Sammelband «Philosophie - Religion - Politik» zeigt von neuem, daß sich die Auseinandersetzung mit Simone Weil lohnt. «Weil die Wahrheit notwendig universell ist», will sie jeden denkenden Menschen in die dialektische Bewegung hineinholen und ihn zum eigenen Denken und Tun führen. Trotz dem Zeitgebundenen, das ihren Überlegungen anhaftet, bleibt die Dringlichkeit der Anliegen Weils aktuell. Ich nenne nur die der neuen Heiligkeit, einer Heiligkeit, «wie es noch keine gab»⁴. Sie selber wußte, daß man diese nicht herbeizwingen, sondern nur erbitten kann. Sie hielt das für «die erste Bitte, die man jetzt aussprechen muß, an jedem Tag, zu jeder Stunde aussprechen muß, wie ein hungriges Kind immer wieder um Brot bittet. Die Welt braucht Heilige mit Genie, wie eine Stadt, in der die Pest ist, Ärzte braucht. Wo die Not ist, da ist auch die Pflicht»⁵.

Imelda Abbt, Luzern

³ Als Motto von M.-È. Colin (179) zitiert, stammt dieses Zitat aus: Simone Weil, Cahiers III, 1956, nouvelle édition. Plon, Paris 1974, S. 131.

⁴ Simone Weil, Zeugnis für das Gute. Traktate - Briefe - Aufzeichnungen. Walter-Verlag, Olten 1979, S. 130.

⁵ Ebd., S. 131.



Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Clemens Locher,
Karl Weber, Josef Bruhin, Mario v. Galli, Robert
Hotz, Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selva-
tico

Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Paul
Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette
(Bonn), Knut Wolf (Nijmegen)

Anschrift von Redaktion und Administration:
Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Tel. (01) 201 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27 842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge
Konto Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 10070)
Konto Nr. 6290-700

Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127

Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Jahresabonnement 1986:

Schweiz: Fr. 37.- / Studenten Fr. 26.-

Deutschland: DM 45.- / Studenten DM 30.-

Österreich: öS 340.- / Studenten öS 230.-

Übrige Länder: sFr. 37.- zuzüglich Versandkosten

Gönnernabonnent: Fr. 45.- / DM 55.- (Der Mehr-
betrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern
mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: Fr. 2,50 / DM 3.- / öS 22.-

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn
die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich